



28. Aug. 1991

Aenderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

Bern, den 12. August 1991

Aufgrund des Antrags des EVD vom 12. Aug. 1991
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

An den Bundesrat

beschlossen:

1. Der Entwurf über eine Aenderung des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) wird samt erläuterndem Text gutgeheissen.
2. Das EJPD wird ermächtigt, die Aenderung des UWG der die Botschaft vom 24. April 1991 über die Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschung) behandelnden vorberatenden Kommission des Nationalrates zuzuleiten.

Für getreuen Auszug,
 die Protokollführerin:

Hanno Muraet

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	8	-
		EMD		
		EFD		
X		EVD	16	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

340.2

Bern, den 12. August 1991

An den Bundesrat

Massnahmen gegen unlautere Absatzmethoden, die das Ansehen der Schweiz im Ausland beeinträchtigen

Teilrevison des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

1. Ausgangslage

Seit Jahren missbrauchen unseriöse Firmen den guten Ruf der Schweiz im Ausland für die weltweite Verbreitung ihrer zweifelhaften Angebote von Telex- und Telefaxverzeichnissen, privaten Patent- und Markenregistern usw. Zum Teil haben diese Firmen ihren Sitz tatsächlich in der Schweiz, zum Teil operieren sie mittels Postfachadressen von der Schweiz aus. Als Folge dieser Geschäftsmethoden werden die schweizerischen Vertretungen im Ausland von Reklamationen betroffener Unternehmen überschwemmt. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft versucht in Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen (EDA, BJ, BIGA) seit langem, die Praktiken dieser Firmen zum Erliegen zu bringen. Ein durchschlagender Erfolg blieb angesichts des bescheidenen gesetzlichen Instrumentariums indessen verwehrt. Der Betrugstatbestand ist wegen der fehlenden Arglist in der Regel nicht erfüllt. Der Schutz über das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), das die in Frage stehenden Methoden rein materiell erfassen würde, versagt zumeist aus prozessualen Gründen. Da es sich um Antragsdelikte handelt, ist es für die betroffenen Unternehmen und Kunden im Ausland äusserst

aufwendig, wirksamen Rechtsschutz zu erreichen. Sie verstehen denn auch nicht, wieso die Schweizer Behörden gegenüber solchen Machenschaften tatenlos bleiben. Darunter leidet in erster Linie der gute Ruf der Schweiz als seriöser Handelspartner.

In jüngster Zeit wird der Absender Schweiz in zunehmendem Masse auch für unlautere Werbegewinnspiele und Werbesendungen im Gebiet der ehemaligen DDR missbraucht. Fast täglich treffen Beschwerden von betroffenen Bürgern bei kantonalen und Bundesstellen ein, die sich über die unlauteren Praktiken von Schweizer Firmen beklagen. Diese Art von Vertriebsmethoden bringt das Ansehen der Schweiz im Ausland ebenfalls in Verruf. Und auch hier versagt das UWG in erster Linie, weil es sich um Delikte handelt, die nur auf Antrag bestimmter Betroffener (Konkurrenten, Kunden, Konsumentenorganisationen) hin verfolgt werden können.

2. Gesetzgeberische Möglichkeiten

Bisher konnte der Bund bloss einschreiten, wenn zufälligerweise auch Verwaltungseinheiten des Bundes (Botschaften, Konsulate usw.) Adressaten von unlauteren Angeboten waren. Dann war die Klageberechtigung des Bundes als von unlauterem Wettbewerb gefährdeter Kunde gegeben. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft hat in solchen Fällen im Namen des Bundes in den zuständigen Kantonen Strafantrag gegen involvierte Adressverlage gestellt. Bisher konnte die Verurteilung einer Firma wegen unlauteren Wettbewerbs lediglich in einem Fall erreicht werden.

Dass der Bund wie ein privates Unternehmen mit unlauteren Akquisitionsmethoden angegangen und damit nach UWG aktivlegitimiert wird, bleibt indes die Ausnahme. Aus diesem Grunde hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement in diesem Frühjahr beantragt, es sei im Rahmen der Revision des Vermögensstrafrechts eine Betrugsvariante in das Strafgesetzbuch aufzunehmen, die auf das Tatbestandselement der Arglist

verzichtet. Das EJPD hat eine solche Bestimmung vor allem aus dogmatischen Gründen abgelehnt, und der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 24. April 1991 in diesem Sinne entschieden.

In der Folge ist eine interdepartementale Arbeitsgruppe (EDA, EJPD und EVD) beauftragt worden zu untersuchen, ob mit einer Aenderung des UWG, insbesondere mit einem Wechsel vom Antrags- zum Officialdelikt, den Missständen begegnet werden könnte. Die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Lutz Krauskopf, stv. Direktor des BJ, kam zum Schluss, dass zwar ein Regelungsbedürfnis gegeben ist, ein Wechsel vom Antrags- zum Officialdelikt den Privatrechtscharakter des UWG aber zu stark in Frage stellen würde. Eine Lösung wurde vielmehr darin gesehen, dem Bund im Bereich des UWG die zivile Klagelegitimation für solche Unlauterkeitsfälle zu übertragen, die den guten Ruf der Schweiz im Ausland beeinträchtigen. Die Arbeitsgruppe prüfte drei Varianten, die die Aktivlegitimation des Bundes unterschiedlich regelten. Sie kam schliesslich einstimmig zum Schluss, dem Bundesrat jene Variante zu unterbreiten, die dem Bund die grösstmögliche Handlungsfähigkeit gewährt und zugleich verhindert, dass bereits bei der Einleitung eines Zivil- oder Strafverfahrens unüberwindbare prozessuale Hürden bestehen.

Da die zivile Klagelegitimation auch berechtigt, Strafantrag zu stellen, könnte der Bund gegen Firmen, die mit unlauteren Angebotsmethoden im Ausland den guten Ruf der Schweiz untergraben, ein Strafverfahren einleiten. Der Privatrechtscharakter des UWG bliebe mit der dargestellten Lösung gewahrt.

Das Klagerecht des Bundes gilt nur in diesem eng umschriebenen Bereich und ist deshalb mit jenem, das der Bundesrat 1983 im Rahmen der Totalrevision des UWG vorgeschlagen hatte, nicht zu vergleichen. Damals lehnte bekanntlich das Parlament die relativ umfassende Klagekompetenz des Bundes als zu weit gehenden Interventionismus ab.

3. Vorgehen

Die Einführung eines Klagerechts des Bundes im oben beschriebenen Sinn erfordert eine Aenderung von Artikel 10 UWG. Diese Bestimmung, die das Klagerecht von Kunden, Berufs- und Wirtschaftsverbänden sowie von Konsumentenorganisationen festlegt, ist mit der begrenzten Klageberechtigung des Bundes zu ergänzen. Zivilrechtlich stünden dem Bund damit die Unterlassungs-, Beseitigungs- und Feststellungsklage zu, nicht aber die Schadenersatzklage. Zudem hätte der Bund die Berechtigung, in den umschriebenen Fällen Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbs zu stellen.

Aufgrund des engen Konnexes sollte die Teilrevision des UWG der Revision des Vermögensstrafrechts angegliedert werden. Die diesbezügliche, vom Bundesrat am 24. April 1991 verabschiedete Botschaft beschreibt detailliert die unlauteren Akquisitioismethoden gewisser Adressverlage und legt auch dar, weshalb legislatorische Massnahmen im UWG und nicht im Strafgesetzbuch zu erfolgen haben (BBl 1991 II 1017 f.). Das EJPD soll ermächtigt werden, die Aenderung des UWG mit erläuterndem Text in die Kommission des Nationalrates einzubringen, die die Revision des Vermögensstrafrechts vorberät.

4. Aemterkonsultation

Die folgenden Aemter wurden im Vorverfahren konsultiert: Bundeskanzlei, Bundesamt für Justiz, Bundesamt für geistiges Eigentum, Bundesanwaltschaft, Politische Direktion und Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst. Ihre Bemerkungen sind berücksichtigt worden.

- 5 -

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Maurer

Beschlossen:

1. Der Entwurf über eine Änderung des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) wird samt erläuterndem Text gutgeheissen.
2. Das EFD wird ermächtigt, die Änderung des UWG der die Botschaft vom 24. April 1991 über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschung) behandelnden vorbereitenden Kommission des Nationalrates zuzuleiten.

Beilagen: - Entwurf des Beschlussdispositivs
- Entwurf der Änderung des UWG d + f
- Erläuternder Text d + f

Zum Mitbericht an: BK, EDA, EJPD, EVED

Protokollauszug an:

- BK 2
- EVD 16 (GS 4, BAWI 6, BIGA 6)
- EJPD 8 (BJ 4, BAGE 2, BA 2)
- EDA 6 (PD 3, DVA 3)

Entwurf

Aenderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

Aufgrund des Antrags des EVD vom 12. August 1991
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Entwurf über eine Aenderung des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) wird samt erläuterndem Text gutgeheissen.
2. Das EJPD wird ermächtigt, die Aenderung des UWG der die Botschaft vom 24. April 1991 über die Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschung) behandelnden vorbereitenden Kommission des Nationalrates zuzuleiten.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer: Schweiz

Bundesgesetz
gegen den unlauteren Wettbewerb

Entwurf

Aenderung vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

beschliesst:

I

Das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986¹ gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) wird wie folgt geändert:

Art. 10 Sachüberschrift und Abs. 2 Bst. c (neu)

Klagen von Kunden, Organisationen und des Bundes

²Ferner können nach Artikel 9 Absätze 1 und 2 klagen:

c. der Bund, wenn er es zum Schutz des Ansehens der Schweiz im Ausland als nötig erachtet.

II

¹Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

²Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

¹ SR 241 .

Loi fédérale **TEXT SUR TELEVISION DES BUNDESSTÄTTE** Projet
 contre la concurrence déloyale (LCD) (UWG) -----

Maassnahmen gegen unlautere Absatzmethoden, die das Ansehen der Schweiz im Ausland beeinträchtigen
 Modification du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse

arrête:

I

La loi fédérale du 19 décembre 1986¹ contre la concurrence déloyale (LCD) est modifiée comme il suit:

Art. 10 Titre et 2e al., let. c (nouveau)

Actions de clients, d'organisations
 et de la Confédération

²Les actions prévues à l'article 9, 1er et 2e alinéas, peuvent en outre être intentées par:

c. La Confédération, lorsqu'elle juge nécessaire de protéger la réputation de la Suisse à l'étranger.

II

¹La présente loi est sujette au référendum facultatif.

²Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

ERLÄUTERNDER TEXT ZUR TEILREVISION DES BUNDESGESETZES GEGEN DEN UNLAUTEREN WETTBEWERB (UWG)

Massnahmen gegen unlautere Absatzmethoden, die das Ansehen der Schweiz im Ausland beeinträchtigen

1. Ausgangslage

Seit Jahren missbrauchen unseriöse Firmen den guten Ruf der Schweiz im Ausland für die weltweite Verbreitung ihrer zweifelhaften Angebote von Telex- und Telefaxverzeichnissen, privaten Patent- und Markenregistern usw. Zum Teil haben diese Firmen ihren Sitz tatsächlich in der Schweiz, zum Teil operieren sie mittels Postfachadressen von der Schweiz aus (zu den Erscheinungsformen unlauterer Akquisitionsmethoden vgl. Botschaft vom 24. April 1991 über die Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches, Vermögensstrafrecht, S. 49). Als Folge dieser Geschäftsmethoden werden die schweizerischen Vertretungen im Ausland von Reklamationen betroffener Unternehmen überschwemmt. Unternehmen in Ländern, die einen strengeren Betrugstatbestand kennen als die Schweiz (angelsächsischer Rechtskreis, Deutschland), verstehen nicht, wieso die Schweizer Behörden gegenüber solchen Machenschaften nicht von Amtes wegen einschreiten. Darunter leidet in erster Linie der gute Ruf der Schweiz als seriöser Handelspartner.

In jüngster Zeit wird der Absender Schweiz in zunehmendem Masse auch für unlautere Werbegewinnspiele und Werbesendungen im Gebiet der ehemaligen DDR missbraucht. Fast täglich treffen Beschwerden von betroffenen Bürgern bei kantonalen und Bundesstellen ein, die sich über die unlauteren Praktiken von Schweizer Firmen beklagen. Diese Art von Vertriebsmethoden bringt das Ansehen der Schweiz im Ausland ebenfalls in Verruf.

2. Ungenügendes gesetzliches Instrumentarium

Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen, die sich zur Unterbindung von Praktiken der genannten Art anbieten, haben sich als relativ unwirksam erwiesen:

2.1 Betrugstatbestand im Strafgesetzbuch (StGB)

Ein Betrug gemäss Artikel 148 StGB, der von Amtes wegen zu verfolgen wäre, liegt erfahrungsgemäss selten vor, weil die hier in Frage stehenden Geschäftsmethoden meist keine arglistige, sondern bloss eine einfache Täuschung darstellen.

2.2 Irreführung im Sinne des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)

In der Regel handelt es sich dabei um irreführende und damit unlautere Werbe- und Verkaufsmethoden im Sinne von Artikel 3 Buchstabe b des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (SR 241). Zur Abwehr stehen den Konkurrenten, Kunden, Berufs- und Wirtschaftsverbänden sowie den Konsumentenorganisationen zum einen zivilrechtliche Klagen zur Verfügung (Art. 9 und 10 UWG). Die vorsätzliche Irreführung ist ferner gemäss Artikel 23 UWG strafbar, doch handelt es sich dabei - entsprechend der zivilrechtlichen Ausrichtung des UWG - um ein Antragsdelikt. Weil für die betroffenen Unternehmen und Kunden im Ausland der Aufwand sowohl einer Zivilklage wie eines Strafantrages sehr beträchtlich ist, wird in aller Regel davon abgesehen. Ein wirksamer Rechtsschutz gegen die fraglichen Geschäftsmethoden versagt daher von vornherein aus prozessualen Gründen.

Dem Bund steht grundsätzlich keine Klagelegitimation zu, es sei denn, er sei wie ein privater Marktpartner in seinen wirtschaftlichen Interessen betroffen. Dies ist dann möglich, wenn er als Anbieter von Waren oder Leistungen durch unlauteren Wettbewerb behindert wird. Als Beispiel kann hier der Fall

erwähnt werden, wo private Anbieter von Marken- oder Patentre-gistern tel quel marktreife Erzeugnisse des Bundes kopieren. Ebenfalls wie ein privater Marktpartner betroffen ist der Bund dann, wenn er selbst Adressat von unlauteren Angeboten wird. In diesem Fall ist der Bund als von unlauterem Wettbewerb gefähr-deter Kunde klageberechtigt.

Dass der Bund wie ein privates Unternehmen von unlauteren Akquisitionsmethoden, sei es als Anbieter oder als Kunde, betroffen und damit nach UWG aktivlegitimiert wird, bleibt indes die Ausnahme und trägt darum zur Unterbindung der ein-gangs erläuterten Missbräuche wenig bei.

2.3 Zusammenfassung

Das geltende rechtliche Instrumentarium ist vor allem für ausländische Unternehmen und Kunden, die von unlauteren Ange-botsmethoden schweizerischer Firmen betroffen sind, ungenügend. Um unlautere Absatzmethoden, die das Ansehen der Schweiz im Ausland beeinträchtigen, wirkungsvoll bekämpfen zu können, schlägt der Bundesrat eine Teilrevision des UWG vor. Diese ist als flankierende Massnahme zu den im Rahmen der Vermögensstraf-rechtsrevision vorgeschlagenen firmenrechtlichen Uebertretungs-vorschriften zu sehen (vgl. dazu Botschaft vom 24. April 1991 über die Aenderung des Strafgesetzbuches, S. 49 f. und 118 f.).

3. Einführung eines beschränkten Klagerechts des Bundes

3.1 Einleitung

Die wirksamste Methode, um gegen Praktiken der genannten Art vorgehen zu können, sieht der Bundesrat in der Schaffung eines zivilen Klagerechts des Bundes im Rahmen des UWG. Dieses Recht ist auf Unlauterkeitsfälle zu beschränken, die den guten Ruf der Schweiz im Ausland beeinträchtigen. Der Bund nähme in

diesen Fällen stellvertretend für betroffene Unternehmen und Kunden im Ausland die Klagebefugnis wahr.

Die Einführung eines solchen Klagerechts erfordert eine Aenderung von Artikel 10 UWG. Diese Bestimmung legt die zivilrechtliche Klagebefugnis von Kunden, Berufs- und Wirtschaftsverbänden sowie von Konsumentenorganisationen fest und kann mit der begrenzten Klageberechtigung des Bundes ergänzt werden. Der Privatrechtscharakter des UWG bleibt mit dieser Lösung gewahrt.

3.2 Kommentierung der neuen Bestimmung

Der neue Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe c UWG gibt dem Bund die Möglichkeit zu klagen, wenn er es zum Schutz des Ansehens der Schweiz im Ausland als nötig erachtet. Es soll dabei dem Bund überlassen bleiben zu entscheiden, wann eine solche Klage nötig ist. Das dürfte sicher dann der Fall sein, wenn eine gewisse Anzahl von Beschwerdeschreibern von Betroffenen im Ausland vorliegt. Das Klagerecht für den Bund soll jene Bundesstelle wahrnehmen, die im engsten Konnex mit der gerügten Materie steht.

Die neue Bestimmung legitimiert den Bund in den geschilderten Fällen zur Klage auf Unterlassung, Beseitigung und Feststellung, nicht aber zur Schadenersatz- und Genugtuungsklage. Es stehen ihm damit die gleichen zivilrechtlichen Ansprüche zu wie den klageberechtigten Verbänden und Organisationen. Der Bund trägt die üblichen Risiken eines Zivilklägers. Die Ermittlung des zuständigen Gerichts erfolgt nach Artikel 12 UWG. Die Berechtigung zur Zivilklage beinhaltet zugleich das Recht, Strafantrag zu stellen (Art. 23 UWG). Damit hat der Bund die Wahl, bei Unlauterkeitsfällen, die den guten Ruf der Schweiz im Ausland beeinträchtigen, den zivil- oder strafrechtlichen Weg einzuschlagen.

COMMENTAIRE SUR LA REVISION PARTIELLE DE LA LOI FEDERALE CONTRE LA CONCURRENCE DELOYALE (LCD)

Mesures contre les méthodes de vente déloyales qui portent atteinte à la réputation de la Suisse à l'étranger

1. Situation initiale

Depuis des années, des firmes peu sérieuses portent atteinte à la bonne réputation de la Suisse à l'étranger en multipliant à travers le monde leurs offres douteuses concernant des annuaires de télex et de téléfax, des registres privés de brevets et de marques, etc. Certaines de ces firmes ont effectivement leur siège en Suisse, d'autres opèrent au moyen de cases postales situées dans le pays (au sujet des méthodes déloyales de démarchage, voir le message du 24 avril 1991 concernant la modification du code pénal suisse, infractions contre le patrimoine, p. 53). A la suite de ces méthodes commerciales, les représentations suisses à l'étranger se trouvent submergées de réclamations provenant des entreprises concernées. Les firmes des pays étrangers, qui connaissent une législation plus sévère que le droit suisse en ce qui concerne l'escroquerie (pays appliquant le droit anglo-saxon, Allemagne), ne comprennent pas pourquoi les autorités suisses ne poursuivent pas d'office de telles pratiques. La réputation de la Suisse en tant que partenaire commercial sérieux est la première à souffrir de cette situation.

Depuis peu, des jeux et des émissions publicitaires de nature déloyale destinés à la région constituée par l'ancienne RDA sont de plus en plus souvent organisés à partir de la Suisse. Les autorités fédérales et cantonales reçoivent ainsi pratiquement tous les jours des plaintes de citoyens qui dénoncent les pratiques déloyales des firmes suisses. De telles méthodes de vente ternissent également l'image de la Suisse à l'étranger.

2. Insuffisance des instruments juridiques

Les fondements juridiques existants servant à contrôler de telles pratiques se sont révélés relativement peu efficaces.

2.1 L'escroquerie dans le code pénal suisse (CP)

Pour que la disposition sur l'escroquerie soit applicable aux méthodes commerciales d'un éditeur d'adresses ou d'une entreprise analogue, il faut qu'il y ait tromperie astucieuse (art. 146 du CP). L'expérience montre que cela n'est pratiquement jamais le cas car il s'agit la plupart du temps d'une simple tromperie.

2.2 La tromperie dans la loi fédérale contre la concurrence déloyale (LCD)

En règle générale, il s'agit ici de méthodes de promotion et de vente trompeuses, donc déloyales au sens de l'article 3, lettre b de la loi fédérale du 19 décembre 1986 contre la concurrence déloyale (RS 241). Afin de se défendre, les concurrents, les clients, les associations professionnelles et économiques ainsi que les organisations de consommateurs peuvent intenter une action civile (art. 9 et 10 de la LCD). La tromperie intentionnelle est en outre punissable conformément à l'article 23 de la LCD mais, selon la systématique de la LCD orientée vers le droit civil, seul le dépôt d'une plainte permet de poursuivre de tels délits. Les entreprises et les clients concernés de l'étranger devant consentir des efforts considérables pour intenter une action civile ou déposer une plainte pénale, ils renoncent en général à s'engager dans une telle voie. Des raisons avant tout de procédure empêchent ainsi d'avoir une protection efficace contre des méthodes commerciales douteuses.

En principe, la Confédération ne peut pas légitimement intenter d'action à moins qu'à titre de partenaire commercial privé, ses intérêts économiques ne soient touchés. C'est le cas lorsque des pratiques déloyales entravent son offre de produits ou de

services. On pourrait citer l'exemple des vendeurs privés de registres de marques et de brevets qui copient tels quels les produits appartenant à la Confédération prêts à être mis sur le marché. La Confédération est placée dans la même position qu'un partenaire commercial privé lorsque des offres déloyales s'adressent à elle. Dans ce cas, elle peut légitimement intenter une action tout comme le ferait un client qui serait victime de la concurrence déloyale.

Il est pourtant exceptionnel que la Confédération puisse agir de manière légitime selon la LCD lorsqu'à titre d'entreprise privée, elle est touchée par des méthodes déloyales de démarchage, que ce soit en tant que vendeuse ou cliente. Cette situation ne contribue ainsi que dans une faible mesure à limiter les abus déjà mentionnés.

2.3 Résumé

Le droit en vigueur est surtout insuffisant pour les entreprises et les clients étrangers qui sont touchés par des méthodes de vente déloyales utilisées par des firmes suisses. Afin de pouvoir combattre de façon efficace les méthodes commerciales déloyales qui ternissent l'image de la Suisse à l'étranger, le Conseil fédéral suggère de procéder à une révision partielle de la LCD. Celle-ci doit être considérée comme une mesure complétant la contravention aux dispositions concernant les raisons de commerce proposée dans le cadre de la révision du droit pénal relatif au patrimoine (voir à ce sujet le message du 24 avril 1991 concernant la modification du code pénal suisse, p. 53 et s. ; p. 126 et s.).

3. Introduction d'un droit limité d'intenter une action

3.1 Introduction

Le moyen le plus efficace pour faire face aux pratiques mentionnées ci-dessus est, selon le Conseil fédéral, de créer un droit d'intenter une action civile, accordé à la Confédération dans le cadre de la LCD. Ce droit serait limité aux cas de concurrence déloyale qui portent atteinte à la bonne réputation de

la Suisse à l'étranger. La Confédération bénéficierait ainsi de l'autorité nécessaire pour intenter des actions à la place des entreprises et des clients étrangers concernés.

L'introduction d'une telle qualité pour agir nécessite une modification de l'article 10 de la LCD. Cette disposition donne le pouvoir d'intenter une action civile aux clients, aux associations professionnelles et économiques ainsi qu'aux organisations de consommateurs et peut être complétée par le droit limité d'ester en justice de la Confédération. Avec cette solution, la LCD reste axée sur le droit privé.

3.2 Commentaire de la nouvelle disposition

Le nouvel article 10, 2^{ème} alinéa, lettre c de la LCD donne la possibilité à la Confédération d'intenter une action lorsqu'elle juge nécessaire de protéger la réputation de la Suisse à l'étranger. La Confédération aura à juger de la pertinence d'une telle action. Cela pourrait être sûrement le cas lorsqu'un certain nombre de plaintes proviennent de l'étranger. L'autorité fédérale habilitée à agir en justice sera celle qui connaît le mieux le problème faisant l'objet du grief.

Dans les cas exposés, la nouvelle disposition autorise la Confédération à intenter une action en prévention de l'atteinte, en cessation de celle-ci et en constatation de son caractère illicite, mais pas en dommages-intérêts et en réparation du tort moral. La Confédération peut ainsi intenter les mêmes actions civiles que les associations et les organisations. Elle encoure en outre les risques usuels du plaignant civil. La détermination du tribunal compétent se fait conformément à l'article 12 de la LCD. Celui qui a qualité pour intenter une action civile peut également porter plainte (art. 23 de la LCD). Dans les cas où la concurrence déloyale porte atteinte à la bonne réputation de la Suisse, la Confédération a ainsi le droit d'opter pour la procédure civile ou la procédure pénale.